

„Lehmbach-Nord“ ist wieder auf dem Tisch – [Bergisches Handelsblatt vom 30.03.2011](#)

Auch Planungsdezernent sieht das Projekt jetzt äußerst kritisch

Rösrath (kli). In der Beurteilung des von der Stadt Rösrath bisher geplanten „Gewerbegebietes Lehmbach-Nord“ (Bebauungsplan 89) scheint eine entscheidende Wende einzutreten.

Dies bestätigte Rösraths Planungsdezernent Berthold Kalsbach jetzt Vertretern der Bürgerinitiative Lehmbach-Nord und des Vereins Lebenswertes Sülztal. „Die Stadtverwaltung sieht das Projekt jetzt äußerst kritisch“, so soll sich der Erste Beigeordnete geäußert haben. Grund für den Wechsel in der Beurteilung sei das Ergebnis einer von der Stadt in Auftrag gegebenen Studie des Aggerverbandes über das Fließverhalten der Sülz, die Hochwassergefahren für Rösrath und die sachliche Richtigkeit der bisherigen Festlegung von Überflutungsgebieten.

Wichtigstes Ergebnis der erneuten Messung und Auswertung: Die Fläche des Planungsgebietes muss als Überflutungsgebiet der Sülz betrachtet werden. „Wenn man, wie üblich, von einem sogenannten Jahrhundertwasser (HQ 100) ausgeht“, so habe Kalsbach gesagt, „würde das ganze Gelände nach der Berechnung des Aggerverbandes 40 Zentimeter unter Wasser stehen.“ Selbst eine weitere Studie werde keine anderen Ergebnisse bringen, heißt es. Dazu Nord rhein-Westfalens Umweltministers Johannes Remmel in einem Schreiben an die Bürgerinitiative: „Aus wasserwirtschaftlicher Sicht kann daher die vorgesehene Umsetzung des Gewerbegebietes „Lehmbach-Nord“ im Bebauungsplan 89 zurzeit nicht befürwortet werden – auch wenn dies nach der aktuellen Rechtslage zulässig wäre.“

Dass die formale Rechtslage allein nicht Richtschnur des Handelns für die Stadt sein könne, hält auch Planungsdezernent Kalsbach für offenkundig, zumal „eine zusätzliche Gewerbefläche von 12.000 Quadratmetern netto den Stadthaushalt unter diesen Umständen nun auch nicht retten kann“. Dies teilen Bürgerinitiative und Verein Lebenswertes Sülztal mit.

Am 20. April will die Rösrather Stadtverwaltung mit der Bezirksregierung und anderen beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange über die veränderte Faktenlage beraten und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf ableiten. Zeitnah danach will Kalsbach die politisch Verantwortlichen in Rösrath informieren und damit den Entscheidungsprozess über die neue Situation einleiten.

Für Bürgerinitiative und Verein Lebenswertes Sülztal kann es auf Grund der neuen Fakten und deren klarer Bewertung aus dem Umweltministerium nur eine legitime Entscheidung geben: Den Verzicht auf einen Bebauungsplan 89, so heißt es.

Anlass der Planung war vor Jahren der Erweiterungsbedarf der in Lehmbach ansässigen Firma Paja (Kunststoff-Folien) gewesen. Trotz der Insolvenz des Unternehmens hatte die Stadt in den letzten Monaten erklärt, an der Planung des Gewerbegebietes festhalten zu wollen, und damit massiven Protest der Bürgerinitiative und eine öffentliche Demonstration vor dem Rathaus ausgelöst. Die Insolvenzverwalterin von Paja wird nun nach Aussage der Stadt spätestens Ende Mai den Rahmen für ihre weitere Vorgehensweise vorstellen. Das dürfte in jedem Fall auch Vorstellungen über eine eventuelle Nutzung des an das Werk anschließende Gelände des seit Jahren bestehenden Bebauungsplans 55 einschließen. Da auch dieser faktisch im Überflutungsgebiet der Sülz liegt, dürfte eine Nutzung umfängliche Vorklärungen und Zugeständnisse voraussetzen. Kalsbach: „Da müssen einige Dinge berücksichtigt und Regelungen getroffen werden.“ Ohnehin erklärte der Planungsdezernent, dass sich aus der neuen Sachlage schon zum Bebauungsplan 89 juristische Klärungsbedarf über die Formalie der Verfahrensfortsetzung ergebe. Er sei dazu im Gespräch mit Rechtsanwälten.